



Stadt Kamen

Niederschrift

Rat

über die
2. Sitzung des Rates
am Donnerstag, dem 06.04.2017
in der Kamener Stadthalle

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:37 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Thomas Blaschke
Herr Carsten Diete
Herr Joachim Eckardt
Frau Petra Hartig
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Frau Christiane Klanke
Herr Martin Köhler
Herr Michael Krause
Herr Gökçen Kuru
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Ulrich Marc
Frau Ursula Müller
Frau Ulrike Skodd
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann
Frau Nicola Zühlke

CDU

Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Rosemarie Gerdes
Herr Wilhelm Kemna
Herr Helmut Krause
Herr Ralf Langner
Frau Susanne Middendorf
Frau Ina Scharrenbach
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Herr Stefan Helmken
Herr Timon Lütschen
Frau Bettina Werning

DIE LINKE / GAL
Herr Gunther Heuchel
Herr Klaus-Dieter Grosch

FW/FDP
Frau Heike Schaumann
Herr Helmut Stalz

Ortsvorsteher
Herr Ulrich Klein
Frau Ursula Lungenhausen
Herr Max Pasalk
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung
Frau Lisa Drescher
Frau Julia Freundl
Herr Hermann Hupe
Frau Elke Kappen
Herr Ralf Kosanetzki
Herr Dr. Uwe Liedtke
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ralf Tost

Entschuldigt fehlten
Frau Anke Dörlemann
Frau Lana Schnack
Herr Volker Sekunde

Der Bürgermeister Herr **Hupe** begrüßte die Ratsmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Umbesetzung von Ausschüssen	033/2017
3	Widmung der Bertolt-Brecht-Straße nach § 6 Absatz 1 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen	031/2017

4	Stellungnahme zum Entwurf der 3. Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplan für den Kreis Unna	032/2017
5	Anpassung des Gesellschaftsvertrags der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU) aus Anlass der Übertragung von Geschäftsanteilen des Kreises Unna an der VKU auf die Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH (VBU)	035/2017
6	Spielgeräte auf den Schulhöfen der Schulen hier: gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, Die LINKE/GAL und der FW/FDP	
7	Bewirtschaftung des öffentlich-geförderten Parkhauses am Bahnhof in Kamen-Mitte hier: Antrag der CDU-Fraktion	
8	Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen in Verbindung mit Störungen, die von dieser Gruppe ausgehen hier: Antrag der CDU-Fraktion	
9	Essensangebot bei städtischen Veranstaltungen auch für Vegetarier hier: Antrag der Fraktion B90/Die Grünen	
10	Konzept einer zukunftsgerichteten Ladeinfrastruktur für Elektromobilität in der Stadt Kamen hier: Antrag der Fraktion B90/Die Grünen	
11	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.
033/2017

Umbesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:

	<u>bisher</u>	<u>neu</u>
<u>Behindertenbeirat</u> ordentl. Mitglied	Franz Hugo Weber	Andre Miska
<u>Familien-, Sozial- und Generationenausschuss</u> stv. Mitglied	Helmut Krause	Gisela Windmüller
<u>Jugendhilfeausschuss</u> ordentl. Mitglied stv. Mitglied	Alexandra Schmidt Peter Resler	Christoph Hoch Alexandra Möller
<u>Planungs- und Straßen- verkehrsausschuss</u> stv. Mitglied	Ingolf Pätzold	Leon Scherff
<u>Schul- und Sportausschuss</u> stv. Mitglied	Norman Müller	Lukas Thiel
<u>Umwelt- und Klima- schutzausschuss</u> stv. Mitglied	Ingolf Pätzold	Matthias Meschede

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.
031/2017

Widmung der Bertolt-Brecht-Straße nach § 6 Absatz 1 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die im Eigentum der Stadt Kamen stehende Verkehrsfläche der Bertolt-Brecht-Straße zu widmen. Die Anbindung an die L 663 ist als Haupterschließungsstraße zu widmen. Der Teil der Bertolt-Brecht-Straße, der die innere Erschließung der Wohnbaufläche übernimmt, ist als verkehrsberuhigter Bereich zu widmen. Der Weg, der aus dem Kreisverkehr heraus nach Osten führt, ist als Rad- und Fußweg zu widmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
032/2017

Stellungnahme zum Entwurf der 3. Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplan für den Kreis Unna

Frau **Peppmeier** gab eine kurze Erläuterung zum Rettungsdienstbedarfsplan. Für Kamen gebe es im Vergleich von vor 5 Jahren eine Steigerung der Einsätze um fast 23%. Daraus habe man einen zusätzlichen Bedarf für ein Fahrzeug und im Personalbereich für 10 Notfallsanitätern. Ebenfalls solle es einen Ergänzungsstandort im Kamener Westen geben. Zum Schluss merkte Frau Peppmeier an, dass eine positive Abstimmung mit den Krankenkassen inzwischen erfolgt sei und der Kreistag vor den Sommerferien den Plan beschließen lassen werde.

Die SPD-Fraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen, so Herr **M. Krause**. Eine Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans für den Kreis Unna sei zwingend erforderlich und die Entstehung neuer Arbeitsplätze ein positiver Aspekt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen nimmt die vorgelegte 3. Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes des Kreises Unna zustimmend zur Kenntnis. Die Verwaltung wird gebeten, eine entsprechende Stellungnahme abzugeben.

Zudem beauftragt der Rat die Verwaltung, eine geeignete Fläche als Standort für die ergänzende „Rettungswache West“ in dem angegebenen Suchraum zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.
035/2017

Anpassung des Gesellschaftsvertrags der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU) aus Anlass der Übertragung von Geschäftsanteilen des Kreises Unna an der VKU auf die Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH (VBU)

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Kamen stimmt den Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH, an der die Stadt Kamen unmittelbar beteiligt ist, auf der Grundlage des als Anlage 2 b vorgelegten Gesellschaftsvertrages zu und beauftragt die Vertreter der Stadt Kamen, in der Gesellschafterversammlung der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH entsprechenden Beschlüssen zuzustimmen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den geänderten Gesellschaftsvertrag im Rahmen des kommunalrechtlichen Anzeigeverfahrens bei der Kommunalaufsicht anzuzeigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

Spielgeräte auf den Schulhöfen der Schulen
hier: gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, Die LINKE/GAL und der FW/FDP

Herr **Heidler** erläuterte den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, Die LINKE/GAL und FW/FDP. Durch die Ganztagsbetreuungen in den Schulen sei eine Gestaltung der Kamener Schulhöfe sinnvoll. Der SPD-Fraktion sei es wichtig, den Lebensraum Schule so zu gestalten, dass auch die Schulhöfe adäquat mit einbezogen würden. Der vorliegende Beschlussvorschlag sei von der CDU-Fraktion durch die Absätze 2 und 3 ergänzt worden. Bedauerlich sei aber die nicht erfolgte Unterzeichnung und das fehlende Logo der CDU-Fraktion auf dem gemeinsamen Antrag. Herr Heidler bedankte sich bei allen Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit.

Herr **Eisenhardt** entgegnete, dass durch mangelnde Kooperation der Federführung die CDU-Fraktion nicht auf dem Antrag erscheine. Da der Antrag inhaltlich ergänzt worden sei, werde die CDU-Fraktion zustimmen. In Zukunft wüsste er sich eine engere Zusammenarbeit der Fraktionen.

Die anschließend teilweise kontrovers geführte Debatte thematisierte die mangelnde Kommunikation zwischen den Fraktionen. Inhaltlich fand der Antrag bei allen Fraktionen Zustimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beauftragt die Verwaltung, den derzeitigen Zustand der Spielgeräte auf den Kamener Schulhöfen zu analysieren und daraus resultierend ein neues Schulhofprogramm anzulegen, welches die Ansprüche der Nutzer mit einbezieht.

Vor der konkreten Schulhofgestaltung werden die Schülerinnen und Schüler in die Gestaltungspläne mit einbezogen und können ihre Anforderung an den Schulhof formulieren. Das Beteiligungsverfahren wird durch die Schule initiiert.

Inwieweit Mittel aus dem Landesprogramm „Gute Schule 2020“ genutzt werden, um die Schulhofgestaltung zu finanzieren, soll ergänzend geprüft werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 7.

Bewirtschaftung des öffentlich-geförderten Parkhauses am Bahnhof in Kamen-Mitte
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Diederichs-Späh** verwies auf die umfangreiche Begründung im Antrag der CDU-Fraktion. Im Wesentlichen gehe es um die Refinanzierung der Betriebskosten, die Reservierung von Parkflächen vorrangig für Pendler und die Einführung von Anwohnerparken.

Frau **Schaumann** könne die Befürchtung eines höheren Parkaufkommens nachvollziehen, allerdings seien die Vorschläge ein falscher Ansatz. Die

Bewirtschaftungskosten für das Parkhaus betragen von 2014 – 2016 jährlich ca. 68.000 Euro. Durch eine Bewirtschaftung des Parkhauses würden sich die Kosten verdoppeln, die dann auf die Autofahrer umgelegt werden müssten. Anwohnerparkausweise würden 30 Euro jährlich kosten. Wegen der steigenden Kosten werden keine weiteren Parkplätze geschaffen. Der Antrag sei nicht sinnig weshalb die Fraktion FW/FDP ihn ablehnen werde.

Da der Schutz der Kurzzeitparker und Pendler vorrangig sei, werde die Fraktion B90/Die Grünen dem Antrag zustimmen, so Herr **Helmken**.

Herr **Krause** schloss sich den Ausführungen von Frau Schaumann an und teilte mit, dass die SPD-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde. Die Begründung im Antrag bezweifle er, da es sich um eine Verschiebung der Problemlage handele.

Frau **Scharrenbach** hielt das kostenlose Parken für Autofahrer im Parkhaus und das kostenpflichtige Parken für Fahrradfahrer in der Radstation für eine soziale Ungerechtigkeit und fragte, wie hoch die jährlichen Kosten bei einer Freistellung der AWO-Radstation seien.

Die Kosten könnten so nicht verglichen und berechnet werden, so Herr **Dr. Liedtke**, da bei der AWO-Radstation der Service ein anderer sei als im Parkhaus. Die Fahrräder seien versichert, die Station sei videoüberwacht und es gebe Serviceleistungen durch die Mitarbeiter.

Herr **Grosch** verwies beispielhaft auf die Stadt Münster. Es sei eher verständlich, dass ein Auto teurer sei als ein Fahrrad. Es sei sinnvoll, dass Parkhaus auf Zweckentfremdung zu prüfen.

Es würden keine Erkenntnisse einer Zweckentfremdung vorliegen, so Herr **Dr. Liedtke**. Eine regelmäßige Kontrolle gebe es vom Fördermittelgeber.

Frau **Klanke** teilte mit, dass es am Bahnhof auch ausreichend kostenlose Parkplätze für Fahrräder gebe. Mit Münster könne Kamen nicht verglichen werden, da dort auch der ÖPNV-Bereich ausgebauter sei.

Auf die Frage von Herrn **Diederichs-Späh**, wie sich die jährlichen Bewirtschaftungskosten in Höhe von ca. 70.000 Euro zusammensetzen würden, antwortete Herr **Dr. Liedtke**, dass hierzu u.a. die Personal-, Reinigungs-, Wartungs-, Strom- und Wasserkosten zählten.

Frau **Schaumann** betonte erneut, dass sich bei einer Bewirtschaftung die Anzahl der Parkplätze nicht erhöhe. Sie verwies auf das beschlossene Fahrradabstellkonzept. Es gebe genügend kostenlose Fahrradparkplätze. Ein Vergleich mit der Fahrradradstation sei nicht möglich.

Herr **Eisenhardt** führte aus, dass die Betriebskosten für das Parkhaus nicht von der Allgemeinheit, sondern von der Vielzahl der Pendler getragen werden müssten. Er sprach sich für ein kostenloses Parken für Fahrräder aus.

Herr **Dr. Liedtke** entgegnete, dass durch die Förderung des ÖPNV mit öffentlichen Mitteln das Parkhaus für Pendler gebaut worden sei.

Herr **Heidler** hob die Attraktivität des Pendelns, insbesondere aus ökologischer und infrastruktureller Sicht, hervor.

Herr **Heuchel** sprach sich für eine umweltfördernde Maßnahme aus, daher werde er den Antrag nicht zustimmen.

Herr **Kuru** äußerte sein Unverständnis hinsichtlich des Vergleichs zwischen Auto- und Fahrradfahrern.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beauftragt die Verwaltung mit der Einführung einer Bewirtschaftung des öffentlich-geförderten Parkhauses am Bahnhof, um die Betriebskosten des Parkhauses zu decken.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Enthaltungen und 22 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP 8.

Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen in Verbindung mit Störungen, die von dieser Gruppe ausgehen
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Frau **Peppmeier** verwies auf ihre Berichtserstattung in der Ratssitzung am 22.09.2016. Die zugesagte personelle Verstärkung sei umgesetzt worden. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Verwaltung und der Polizei werde ernst genommen.

In den Wintermonaten habe es punktuelle Kontrollen im Umfeld des Marktplatzes gegeben und während der Winterwelt zusätzlich einen Bewachungsdienst.

Ziel des Ordnungsdienstes sei die Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls, das Hinweisen auf Fehlverhalten und die konsequente Ahndung objektiver Verstöße.

Sie stellte klar, dass der Ordnungsdienst nicht in den Fällen privater Streitigkeiten zuständig sei.

Der Ordnungsdienst werde täglich bis 23.00 Uhr bedarfsgesteuerte Kontrollen durchführen. Die Verwaltung werde von einem externen Sicherheitsdienst unterstützt. Es gebe ab sofort eine zentrale Rufnummer, die die Erreichbarkeit täglich bis 23.00 Uhr sichere. Diese laute 0173/5410584.

Sie kritisierte die negative Darstellung des „Schöppchenkellers“ in dem Fragenkatalog. Geprüfte Genehmigungen mit Auflagen würden seitens der Verwaltung erteilt, die auch eingehalten würden.

Die Aufenthaltsqualität der Sitzgelegenheiten am Markt sowie an der Pauluskirche würde nicht verschlechtert. Im Gegenteil würden die Bänke im Bereich der Fußgängerzone aufgewertet.

Sie gab zu bedenken, dass durch solche Anträge ein negatives Image entstehe, das der Innenstadt schaden könne.

Frau **Klanke** zeigte sich irritiert über den Fragenkatalog der CDU-Fraktion. Ein absolutes Alkoholverbot in der Öffentlichkeit lehne sie ab. Sie wünsche sich im Anschluss an die ordnungspolitische Diskussion auch eine sozialpolitische Erörterung im Fachausschuss. Sie könne die Verärgerung einiger Anwohner im Kernbereich hinsichtlich der Lärmsituation nachvollziehen. Sie empfand die Thematik zum „Schöppchenkeller“ im CDU-Antrag als unangebracht und geschäftsschädigend.

Frau **Schaumann** wünschte sich die Fortführung der Sachstandsberichte sowie eine gemeinsame Erarbeitung der Problemlösungen. Auch sie sah den Fragenkatalog der CDU-Fraktion in einigen Punkten eher kritisch. Sie begrüßte die eingerichtete Hotline.

Frau **Scharrenbach** wies auf die Problematik in den Kernbereichen hin. Die Bürger seien hier verunsichert, daher habe die CDU-Fraktion den Antrag auf die Tagesordnung gesetzt. Lösungen müssten erarbeitet werden. Sie begrüßte die Notfallnummer für einen Bereitschaftsdienst. Sie warf der SPD-Fraktion vor, die Einschränkungen der Bürger zu tolerieren. Es bestehe ein öffentliches Interesse, Maßnahmen zu ergreifen. Es sei nicht Aufgabe der Polizei, bei den gastronomischen Betrieben tätig zu werden.

Herr **M. Krause** verwies auf die ausführliche Berichterstattung im September. Die bisherigen Maßnahmen halte er für angemessen. Er appellierte an ein gesundes Maß des Miteinanders.

Herr **Eisenhardt** führte aus, dass der Antrag das Ziel verfolge, Maßnahmen gemeinsam zu erörtern. Die Situation am Markt sei schwierig und unangemessen, da die Menschen sich hier nicht wohlfühlen würden. Aus Sicht der Wirtschaftsförderung müsse wirtschaftliches Handeln dort möglich sein, anstatt weiterer Schließungen von Geschäften. Er begrüßte die verdichtete Kontrolle durch den Ordnungsdienst.

Frau **Peppmeier** entgegnete, dass die Maßnahmen konsequent durchgesetzt würden. Sie wies darauf hin, dass Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit kein Verstoß gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung sei. Geschäftsaufgaben und Leerstände hätten andere Ursachen als ordnungspolitische.

Herr **Grosch** sprach sich für zeitlich begrenzte ordnungspolitische Maßnahmen aus. Die Hotline werde begrüßt. Gespräche mit den Anwohnern müssten weiterhin regelmäßig stattfinden.

Herr **Eckardt** lobte die Aufenthaltsqualität in der Stadt und betonte, dass der Marktplatz von hoher Bedeutung sei.

Herr **Heidenreich** teilte mit, dass es immer wieder Störungen im Bereich von Marktplätzen geben werde. Die in der Septembersitzung vorgestellten Maßnahmen würden umgesetzt. Daher sollte in die Arbeit der Verwaltung vertraut werden.

Frau **Scharrenbach** fragte nach, wie die Verwaltung mit dem „Wildpinkeln“ umgehen werde, ob die entsprechende Satzung geändert werde und ob Gespräche mit den beteiligten Personen hinsichtlich des „Schöppchenkellers“ geführt würden.

Frau **Peppmeier** antwortete, dass eine Satzungsänderung geprüft werde. Verstöße würden mit den gebotenen Mitteln geahndet. Mit den in Umfeld des Schöppchenkellers betroffenen Personen und dem Betreiber sei die Verwaltung im Gespräch.

Der **Bürgermeister** ergänzte, dass er insbesondere auf die Zusammenarbeit mit der Polizei setze und man für weitere Vorschläge zur Umsetzung offen sei.

Zu TOP 9.

Essensangebot bei städtischen Veranstaltungen auch für Vegetarier
hier: Antrag der Fraktion B90/Die Grünen

Frau **Werning** erläuterte den Antrag ihrer Fraktion. Sie verwies auf interfraktionelle Gespräche mit den anderen Fraktionen im Zuge der Vorbereitung zur Ratssitzung und bot an, den Antrag zurückzuziehen, wenn der Bürgermeister sich dafür einsetze, bei städtischen und nichtstädtischen Veranstaltungen vegetarische Speisen anzubieten und diese entsprechend zu kennzeichnen.

Der **Bürgermeister** merkte an, dass der Beschlussvorschlag so nicht umzusetzen sei. Die Stadtverwaltung sei bei vielen Veranstaltungen kein Direktveranstalter und habe somit kein Durchgriffsrecht. Allerdings werde die Verwaltung ihre Hinwirkungspflicht wahrnehmen und zielführend mitwirken, damit bei Veranstaltungen vegetarische Kost angeboten und gekennzeichnet werde.

Der Antrag der Fraktion B90/Die Grünen wurde einvernehmlich zurückgezogen.

Zu TOP 10.

Konzept einer zukunftsgerichteten Ladeinfrastruktur für Elektromobilität in der Stadt Kamen
hier: Antrag der Fraktion B90/Die Grünen

Beschluss:

Der Antrag wurde an den Umwelt- und Klimaschutzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 11.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

11.1. Mitteilungen der Verwaltung

Bürgerhaushalt

Herr **Tost** teilte mit, dass der Bürgerhaushalt am 18.04.2017 online gestellt werde und dieser mit einem Link auf der Homepage der Stadt Kamen abrufbar sei. Bis 14.07.2017 haben Bürger die Möglichkeit, Vorschläge zum Haushalt abzugeben. Danach werde die Verwaltung diese sichten und zur Beratung weiterleiten.

Der **Bürgermeister** bat die Presse, diese Mitteilung öffentlich bekannt zu geben, damit eine Vielzahl der Bürger sich informieren und beteiligen können.

11.2 Anfragen

schriftliche Anfrage der Fraktion B90/Die Grünen

Frau **Kappen** verwies auf die schriftliche Anfrage der Fraktion B90/Die Grünen. Sie teilte mit, dass die Erreichbarkeit der VHS in Heeren mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut sei. Spätere Rückfahrten nach Kamen seien möglich, schwierig sei die direkte Verbindung nach Methler oder Bönen. Man werde sich zeitnah mit der VKU zusammensetzen, um die Kurse und Fahrpläne abzustimmen. Sie werde in der nächsten Sitzung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen zum Projektstand berichten.

Verkehrsbelastung Wasserkurler Straße

Herr **Heuchel** fragte nach der Verkehrsbelastung auf der Wasserkurler Straße.

Anmerkung der Verwaltung:

Verkehrsbelastungszahlen für klassifizierte Straßen sind hier öffentlich abrufbar: <http://www.nwsib-online.nrw.de/>

- Auswahl des Buttons „Sichtbarkeiten“ und dann „Verkehrsdaten“

Pflanzbeetpatenschaften

Herr **Heuchel** fragte nach der Entwicklung der Pflanzbeetpatenschaften.

Anmerkung der Verwaltung:

Zur Zeit gibt es 22 Pflanzbeetpatenschaften.

Rettungsdienst

Herr **Heuchel** fragte nach, ob es Einbrüche und Diebstähle beim Rettungsdienst gebe.

Der **Bürgermeister** antwortete, dass es keine Erkenntnisse zu Einbrüchen und Diebstählen gebe.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es lagen keine Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen vor.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Hupe
Bürgermeister

gez. Kosanetzki
Schriftführer